

8. Sitzung 3. Juli 2001, 14.00 Uhr

Vorsitzender:	Hans Bürge-Ramseier, Safenwil
Protokollführer:	Urs Meier, Staatsschreiber-Stellvertreter
Tonaufnahme/Redaktion:	Norbert Schüler
Präsenz:	Anwesend 173 Mitglieder Abwesend mit Entschuldigung 27 Mitglieder

Entschuldigt abwesend: Aeschbach Kurt, Dürrenäsch; Arpagaus Ursi, Rudolfstetten; Binder Andreas, Dr., Baden; Bruderer Pascale, Baden; Buholzer Katja, Magden; Egger-Wyss Esther, Obersiggenthal; Erne Leo, Döttingen; Fässler Lukas, Möhlin; Frey Ernst, Kaise-raugst; Glarner Andreas, Oberwil-Lieli; Haber Johanna, Dr., Menziken; Härri Max, Birrwil; Häusermann Matthias, Seengen; Hochuli Heinrich, Aarau; Hoffmann Brigitte, Küttigen; Knecht Hansjörg, Leibstadt; Koch Hans-Jürg, Rothrist; Kuhn-Wittig Eva, Full; Miloni Reto P., Mülligen; Morach Annerose, Kirchdorf; Müller Philipp, Reinach AG; Nietlispach Franz, Zeiningen; Plüss-Mathys Richard, Lupfig; Suter Heinz, Dr., Gränichen; Weiersmüller-Scheuzger Susanne, Rohr AG; Werthmüller Ernst, Holziken; Zollinger-Keller Ursula, Untersiggenthal

Vorsitzender: Ich begrüsse Sie zur 8. Ratssitzung der laufenden Legislaturperiode.

145 Interpellation Margrit Kuhn, Wohlen, betreffend Aktionsplan der Schweiz für die Gleichstellung von Frau und Mann; Einreichung und schriftliche Begründung

Von Margrit Kuhn, SP, Wohlen, und 13 mitunterzeichnenden Ratsmitgliedern wird folgende Interpellation einge-reicht:

Text und Begründung:

Vor zwei Jahren wurde vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann der Aktionsplan der Schweiz für die Gleichstellung von Frau und Mann als Folgearbeit zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing publiziert. Mit diesem Aktionsplan signalisiert der Bundesrat, dass er ernst machen will mit der Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz von Beijing. Der Aktionsplan listet systematisch die Bereiche auf, in denen zugunsten der Gleichstellung gehandelt werden muss und zeigt die dazu nötigen Mittel auf. Er enthält eine Vielzahl von Massnahmenvorschlägen und fünfzehn Prioritäten, nach welchen die Arbeit in allen Themenbereichen ausgerichtet werden soll, wie Patricia Schulz, die Leiterin des Eidgenössischen Büros, im Vorwort ausführt. Auch die Kantone sind im Aktionsplan aufgefordert, ihre Bemühungen für die Weiterführung der Gleichstellungspolitik zu intensivieren, sei es im Bereich der Budget-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, im Bereich der Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen, der Bildungspolitik, der Gesundheitsversorgung, der Verteilung der Macht zwischen Frauen und Männern, und vielem mehr. Im Kanton Aargau wurden durch die Verwaltung und die Fachstelle Gleichstellung von Frau und Mann schon zahlreiche Projekte initiiert, z.B. betreffend Arbeitsplatzbewertung, in der Gewaltprävention, in der Bildungspolitik,

für die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familienpflichten, usw..

Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat diesen Aktionsplan umzusetzen?
2. Hat der Regierungsrat eine Prioritätenliste für die zu treffenden Massnahmen erstellt?
3. Welche Massnahmen sind geplant?
4. Hat der Regierungsrat einen Zeitplan erstellt, in welchem die Massnahmen umzusetzen sind?
5. Sieht der Regierungsrat vor, finanzielle Mittel für die Umsetzung dieser Massnahmen freizustellen?
6. Welche anderen Mittel sieht der Regierungsrat vor, um die Massnahmen umzusetzen?

146 Nachtragskreditbegehren 2001; I. Teil; Verpflichtungskredit; Fortsetzung der Detailberatung; Bewilligung

(vgl. Art. 144 hievore)

Detailberatung (Fortsetzung)

4. Finanzdepartement

400 Sekretariat

Hans Killer, SVP, Untersiggenthal, Referent der Staatsrechnungskommission: Beim Sekretariat unter 3185 sind die zusätzlichen 70'000 Franken eingestellt, welche zusammen mit den im Voranschlag 2001 bewilligten 80'000 Franken den diesjährigen und künftigen jährlichen Aufwand für die flächendeckende Einführung der WOV darstellt.

Bei Position 4404 Zentraler Personalaufwand ist unter der Nr. 3328.10 der Hauptbrocken der Nachtragskredite 1 2001 aufgeführt. Dabei geht es um die Deckung der Aufwendungen für die Teurungszulagen auf Renten. Der Kanton müsste diese Kosten jeweils jährlich aus der laufenden Rechnung finanzieren. Statt dessen hat er nun der BPK ein Kapital von rund 106 Mio. Franken zur Verfügung gestellt, in der Meinung, mit gutem Wirtschaften den erforderlichen Ertrag für die Renten-Teurungskosten zu schaffen. Die Teurungskosten auf die Renten belaufen sich auf rund 10 Mio. Franken pro Jahr. Beim beantragten Kredit von 6,922 Mio. Franken handelt es sich also um die Differenz zum Bilanzwert oder um den sogenannten Kapitalverzehr. Die Verminderung dieses Betrages in der Zukunft ist nur dann möglich, wenn mit dem eingesetzten Kapital ein besserer Ertrag erwirtschaftet werden kann. Dann wären solche Zuschüsse nicht mehr nötig.

Zustimmung

440 Abteilung Personal und Organisation

Daniel Knecht, FDP, Windisch: Das ist meiner Erinnerung nach nun das dritte Mal, dass ich mich hier im Grossen Rat zu dieser wundersamen Finanzierung zu Wort melde. Das erste Mal beim Beschluss dieser ingeniosen Massnahme, das zweite Mal letztes Jahr, als wir das erste Mal abschreiben mussten, und nun heute. So ist es halt mit den Schlaumeiereien, sie pflegen einen einzuholen. So haben wir es bereits getan und die Chancen stehen leider gut, dass wir auch in Zukunft in schöner Regelmässigkeit Nachtragskredite unter diesem Titel zu bewilligen haben. Die Finanzmärkte sind volatil. Sie wissen, zumindest jene, die rauchen, dass auf den Zigarettenspäckchen geschrieben steht: "auchan kann Ihre Gesundheit gefährden." In der angelsächsischen Finanzpresse steht bei den Fondsinseraten jeweils kleingedruckt: "hares may go up as well as down" Aktien pflegen hinauf wie auch hinunter zu gehen. Ein Totalverlust kann nicht ausgeschlossen werden. Das als "isclaimer" damit niemand nachher die Institute verantwortlich machen kann für das, was halt ab und zu passiert. Es gibt im Weiteren dazu ein Sprichwort, das eigentlich alle Leute, die an den Börsen handeln, kennen: "There is no such thing as a free lunch at financial markets". Auf Deutsch: Es gibt nichts gratis an den Finanzmärkten. Das erleben wir gerade hier. Natürlich rentieren Aktienanlagen besser als Obligationen oder Geldanlagen, aber um den Preis eines höheren Risikos. Das Risiko pflegt von Zeit zu Zeit einzutreten. Im Weiteren stimmen diese Rentabilitätsüberlegungen, die diesen Massnahmen zu Grunde gelegen haben, zu den Aktienanlagen auch nur über lange Zeiträume. Ich mache den Bewirtschaftern dieser Gelder keine Vorwürfe. Ich habe nicht geschaut, wo sie angelegt wurden. Zudem war es im letzten Jahr wahrscheinlich einfacher, Geld zu verlieren als zu gewinnen. Aber ich mache den Architekten dieser Konstruktion Vorwürfe. Ich verlange deshalb unmissverständlich, auf solche todsicheren Finanzierungen zu verzichten. Dies, solange wir nicht genug risikofähig sind, also nicht über die entsprechenden Reserven verfügen. Hier wird uns nun die Rechnung für gehabte Freuden, Grosszügigkeiten und unüberlegtes Handeln präsentiert, die wir oder unsere Vorfahren hier in diesem Saal - wir sind alle von den Sünden rein-gewaschen seit den Wahlen - begangen haben. Wir werden im Umfeld der mittelfristig anstehenden Nachfinanzierung der kantonalen Vorsorgewerke oder der künftigen Aargau-

schen Pensionskasse uns noch weiter damit zu beschäftigen haben, woher das Geld denn nun kommen soll. Solange wir es nicht selber drucken können, dürfte es das Ehrlichste sein, kleinere Brötchen zu backen und in den sauren Finanzierungsapfel zu beissen, das heisst saubere Ausfinanzierung zum Beispiel aus Privatisierungserlösen, sicher nicht mit Casinoeinsätzen nach dem Motto "Gewinne ich, so bleibt der Gewinn bei mir, verliere ich, so wird vom Staat nachgezahlt". Funktionierte diese Methode, so müsste jeder von uns sich mit Schulden überhäufen, das Geld so anlegen und dann einfach warten und die Gewinne abschöpfen. Wenn das in der Vergangenheit zeitweise funktionierte, so heisst das keineswegs, dass das auch in Zukunft geht. Auch hier rate ich der Regierung und uns dringend, diese sonderbare Finanzierung abubrechen und die entsprechenden Mittel über die reguläre Staatsrechnung einzustellen und abzudecken. Auf einen Antrag dazu verzichte ich hier für dieses Mal noch. Ich glaube, der Herr Regierungsrat wird da sicher auch eine gute Idee haben.

Josef Winter, CVP, Kaisten: Für einmal stimme ich Daniel Knecht vollumfänglich zu. Ich habe auch zweimal die Augen gerieben, als ich das Ganze angeschaut habe. Man sieht jetzt, dass wir in diesem Jahr wahrscheinlich gut eine Million in den Sand gesetzt haben. Auf der einen Seite haben wir unter der Rubrik "Personal und Organisation" das Kapital, das wir der Pensionskasse zur Verfügung stellen, mit 3,9 Millionen Franken verzinst, auf der anderen Seite haben wir offenbar nur etwa 3 Millionen Franken eingenommen. Ich gehe davon aus, dass die Teurung 10 Millionen Franken betrug und dass wir jetzt 6,9 Millionen Franken aufbringen müssen. Also dürfte das in etwa stimmen.

Ich bin im genau gleichen Dilemma: Einen Antrag stellen mag ich nicht, aber es steht ja im Raum, dass mit der Pensionskasse vorwärtsgemacht werden muss - wir sehen es ja auch an diesem Beispiel. Es ist wirklich Zeit, dass wir da eine Lösung finden und saubere Finanzierungen machen. Es stört mich - auch dies ein Beispiel - ganz gewaltig, dass wir bei einem Bilanzwert von 93 Millionen Franken angelangt sind. Wir haben also bereits 13 Millionen Franken in den Sand gesetzt. Das ist sicher ein schlechtes Beispiel und so darf es nicht weitergehen!

Vorsitzender: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr aus dem Plenum. Der Regierungsrat wünscht das Wort.

Regierungsrat Roland Brogli, CVP: Ich kann Daniel Knecht versichern, dass die Architekten dieser Konstruktion gar nicht weit sind. Wir haben den Wert des Deckungskapitals mit 93,6 Millionen Franken in der Bilanz ausgewiesen. Wir können also nichts anderes tun, als abzuschreiben. Ich kann Sie einfach nochmals auf das Budget vertragen und Ihnen versichern, dass die Frage dort sicherlich nochmals geprüft wird. Sie haben dort auch alle Rechte, wieder Antrag zu stellen. Wenn wir aber zum Schluss kämen, und auf diese Konsequenz muss ich aufmerksam machen, diese Methode im Jahr 2002 nicht mehr anzuwenden, würde das den Haushalt mit rund 10 Millionen Franken zusätzlich belasten. Das würde uns im Budget 2002 Mehrbelastungen von 10 Millionen Franken bescheren. Ich würde deshalb meinen, das Konstrukt Deckungskapital weiterzuführen bis zur Neuorganisation der Pensionskasse auf den 1. Januar 2003. Daraufhin ist ja vorgesehen, dass die Teurungszulagen auf Renten - diese wurden ja damit finanziert!, die 13 Millionen Franken sind nicht in den Sand gesetzt, Herr Winter - von

der Kasse übernommen werden. Ich bitte Sie deshalb, jetzt einstweilen dem Antrag der Regierung zuzustimmen!

Rudolf Hug, FDP, Oberrohrdorf: Erlauben Sie mir, dass ich einige Missverständnisse kläre, die offenbar bestehen. Es ist nicht so, dass das Geld in den Sand gesetzt wurde. Es ist auch nicht verloren, sondern die Erträge aus diesem Darlehen, das der Beamtenparkasse übergeben wurde, um daraus die Teuerungszulagen zu generieren, waren schlicht und einfach nicht genügend. Weil ja die Teuerungszulagen bezahlt werden mussten und diese nicht aus den Erträgen finanziert werden konnten, musste das Kapital angezapft werden. Deshalb müssen wir jetzt nachschliessen. Wenn wir die Systematik ändern und wieder auf den alten Modus zurückkehren, dann heisst das nicht, dass der Haushalt um 10 Millionen Franken mehr belastet wird, Herr Finanzdirektor. Das heisst nur, dass diese 10 Millionen Franken Teuerungszulagen im Budget eingestellt und dort die Disziplin auf den ausgeglichenen Haushalt erhöht und nicht mehr mit den Nachtragskrediten bezahlt werden. Bezahlen müssen wir sie so oder so! Wenn die Rendite dieser gut 100 Millionen Franken nicht ausreicht, dann bezahlen wir es aus dem Haushalt mit den Nachtragskrediten. Kosten tut es genau gleich viel! Aber die Budgetdisziplin wird entlastet, wenn wir das nicht mehr mit dem Budget einstellen, wie es jetzt passiert, sondern mit den Nachtragskrediten bezahlen.

Josef Winter, CVP, Kaisten: Ein Stück weit bin ich einverstanden. Es stimmt, dass die 13 Millionen Franken in diesem Sinne nicht in den Sand gesetzt sind. Aber ich halte immerhin fest, dass wir heute eigentlich einen Bilanzwert von 106,9 Millionen Franken haben müssten. Also hat man in früheren Jahren das Kapital offenbar nicht aufgebracht, das man hätte aufbringen müssen, um wieder auf die 106,9 Millionen Franken zu kommen. Man hat also auch gespart für die Zukunft, denn wir haben ja nur noch 93 Millionen Franken heute. Gut, es ist möglich, dass das nicht stimmt, dass ich das falsch sehe, aber das ist im Moment meine Sicht.

Vorsitzender: Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Ein Ablehnungsantrag wurde nicht gestellt. Demzufolge ist auch diese Kreditposition von 6,922 Millionen Franken genehmigt.

Zustimmung

465 Landwirtschaftliche Bildung und Beratung

Zustimmung

5. Gesundheitsdepartement

Hans Killer, SVP, Untersiggenthal, Referent der Staatsrechnungskommission: Es handelt sich hier nur um kleine Summen und 2 Positionen. Daher auch ein kurzer Kommentar. Die beiden beantragten Kredite für Mobiliar, 50'000 Franken, und für den Beitrag an die Dargebotene Hand, 30'000 Franken, waren in der Sache unbestritten. Die Staatsrechnungskommission ist jedoch trotzdem der Meinung, dass solche Ausgaben vorhersehbar wären, also auch im Rahmen des ordentlichen Voranschlages einstellbar. Solche Kredite müssen Ausnahmen bleiben.

Zustimmung

6. Baudepartement

Hans Killer, SVP, Untersiggenthal, Referent der Staatsrechnungskommission: Weder die Subkommission des Baudepartementes noch die Staatsrechnungskommission haben zu einzelnen Positionen diskutiert. Einzig 162.02 Umweltschutz allgemein hat die Verwaltung als Zusatzinformation die Position 50.69 wie folgt begründet: Im Bereich der Mess- und Laborarbeit arbeitet der Kanton Aargau aus Kostengründen mit den Innerschweizer Kantonen zusammen. Es ist aber gerade darum wichtig, bei den Messgeräten zeitgemäss ausgerüstet zu sein. Anstelle der im letzten Jahr vorgesehenen Investitionen ist nun aber sowohl für die Ergänzung der Messstationen wie beim Messgerät für DOC Handlungsbedarf bzw. Ersatzbeschaffung. Die 4 übrigen Positionen blieben wie erwähnt unbestritten.

Zustimmung

7. Kantonale Justizbehörden

Hans Killer, SVP, Untersiggenthal, Referent der Staatsrechnungskommission: Auch hier hat die Staatsrechnungskommission keine Diskussionen geführt. Die beiden Anträge von 71'000 Franken beim Rekursgericht, im Ausländerrecht und die 4'500 Franken beim Bezirksgericht Baden wurden unkommentiert gutgeheissen.

Zustimmung

Anhang 2, Verpflichtungskreditbegehren

Hans Killer, SVP, Untersiggenthal, Referent der Staatsrechnungskommission: Der Bund hat sich aus der Beteiligung an den Strafvollzugsanstalten zurückgezogen. Die Kantone bleiben also künftig allein verantwortlich. Zur Speisung des Baufonds sind durch alle Konkordatskantone jährlich Zahlungen zu leisten, um die künftigen Unterhaltsaufwendungen an den Vollzugsanstalten vornehmen zu können. Es müssen alle Konkordatskantone die Beiträge gutheissen. Der beantragte Kredit von 200'000 Franken ist künftig jährlich wiederkehrend. Er muss künftig in den Voranschlag als Verpflichtungskredit aufgenommen werden.

Zustimmung

Anträge auf Seite 5 der Botschaft

Hans Killer, SVP, Untersiggenthal, Referent der Staatsrechnungskommission: Die Abstimmung zu den Anträgen hat folgendes Resultat gezeigt. Nach der Detailabstimmung, die zum Punkt 3110/3650.10, dem Beitrag an die kantonale Lehrerkonferenz durchgeführt wurde, wurde zu den beiden Hauptanträgen auf Seite 5 der Botschaft wie folgt beschlossen: Antrag 1: Zustimmung mit 16:0 (bei 16 Anwesenden), Antrag 2: Zustimmung mit 16:0 (bei 16 Anwesenden). Ich bitte Sie ebenfalls um Zustimmung.

Vorsitzender: Ich frage Sie an, ob Sie mit mir einverstanden sind, wenn wir über beide Anträge gemeinsam abstimmen. Das ist der Fall.

Abstimmung:

Den beiden Anträgen wird mit überwältigender Mehrheit zugestimmt.

Beschluss:

1.

Die Nachtragskreditbegehren 2001, I. Teil, in der Höhe von Fr. 9'810'400.-- werden zu Lasten der Rechnung 2001 bewilligt.

2.

Der Verpflichtungskredit für den jährlich wiederkehrenden Beitrag von Fr. 200'000.-- an den Baufonds des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz wird bewilligt.

147 Staatsrechnung 2000; Kreditbewilligungen; Genehmigung

(Vorlage vom 14. März 2001 des Regierungsrates)

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Die Staatsrechnungskommission war und ist sich bewusst, dass die Prüfung und die Beschlussfassung über eine bereits erfolgte Jahresabrechnung lediglich Vergangenheitsbewältigung darstellt und keineswegs mit dem kreativen und konstruktiven Mitdenken beziehungsweise Mitgestalten eines Budgetprozesses zu vergleichen ist. Trotzdem ist eine vertiefte Prüfung, Beratung und Analyse der jeweiligen Staatsrechnung die Grundvoraussetzung für eine kompetente Budgetberatung.

In Kenntnis dieser Ausgangslage und der Tatsache, dass Ihnen allen die Staatsrechnung 2000 inklusive der aussagekräftigen Botschaft vorliegt, werde ich meine zusammenfassende Berichterstattung möglichst kurz halten. Auf spezielle, erwähnenswerte Sachverhalte in einzelnen Departementen werde ich in der Detailberatung näher eingehen.

Berichterstattung zur Staatsrechnung 2000:

1. Prüfungsablauf: Die neu konstituierte 17köpfige Staatsrechnungskommission hat sich zwischen dem 18. Mai und dem 18. Juni 2001 in 7 Kommissions- und 8 Subkommissionssitzungen mit der Staatsrechnung 2000 des Kantons Aargau befasst. Für die Detailprüfung, die in einer ersten Phase durch die jeweiligen Subkommissionen bei den entsprechenden Departementen vorgenommen wurde, legte die Gesamtkommission folgende fünf Prüfpunkte fest:

1. Begründung der wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Voranschlag (grösser als 10% und grösser als 500'000 Franken)

2. Stand der noch laufenden Verpflichtungskredite (grösser als 1 Mio. Franken)

3. Verwendung der Nachtragskredite 2000

4. Abweichungen in der Subventionspraxis Bund und Kanton

5. Analyse der WOV-Überschüsse

Alle Departemente, die Staatskanzlei und die kantonale Justizbehörde haben mit ausreichenden und aussagekräftigen Voten und Unterlagen die Staatsrechnungskommission bei ihrem Prüfungsauftrag so weit wie möglich unterstützt. Im Namen der Kommission danke ich ihnen dafür.

Bei der gesamten Beratung konnte sich die Staatsrechnungskommission zusätzlich auf die Revisionsergebnisse, die Spezialkontrollen sowie die ergänzenden Auskünfte und Unterlagen des Amtes für Finanzkontrolle stützen. Ebenfalls einen herzlichen Dank an das Amt für Finanzkontrolle für diese unentbehrliche Mithilfe.

Da während der Kommissionsberatung die Rückstellungs- als auch die Abschreibungspraxis des Kantons, Sinn- und Unsinn von Direktabschreibungen sowie die Thematik der Soll-Stellungen wiederholt hinterfragt wurden, wird sich die SRK in einer der nächsten Sitzungen vertieft mit dem Finanzrecht und dem Aargauer Rechnungsmodell befassen.

Auf der Stufe Subkommissionen ist im Laufe des Jahres zu prüfen, in welchem Rahmen eine vermehrte Zusammenarbeit mit den Fachkommissionen beziehungsweise den Subkommissionen der GPK sinnvoll wäre.

2. Gesamtüberblick und Würdigung der Staatsrechnung: Die Jahresrechnung 2000 des Kantons Aargau schliesst mit einem Defizit von 31,0 Millionen Franken ab. Damit haben sich die in den letzten zehn Jahren aufgelaufenen Defizite der Verwaltungsrechnung auf über eine halbe Milliarde Franken erhöht. Konkret stehen die aufgelaufenen Verwaltungsrechnungs-Defizite per Ende 2000 nun mit 527,0 Millionen Franken einem ausgewiesenen Eigenkapital von noch 573,3 Millionen Franken gegenüber. Dieses wiederum hat sich aufgrund der über das Eigenkapital abzuwickelnden Bestandesveränderungen im Laufe des Jahres 2000 ebenfalls um 18,3 Millionen Franken reduziert. Nachzulesen ist dieser Sachverhalt auf Seite 27 der Botschaft.

Das ausgewiesene Jahresdefizit von 31 Millionen Franken muss als befriedigend bezeichnet werden. Befriedigend deshalb, weil aufgrund des Voranschlags 2000 und der Nachtragskredite I und II gar mit einem Ausgabenüberschuss von 106,9 Millionen Franken zu rechnen war. Ohne die in der Botschaft auf Seite 37 erläuterten zusätzlichen Kredite zur Erfüllung von bestehenden Verpflichtungen würde sich das Gesamtdefizit 2000 sogar "nur" auf 10,2 Millionen Franken belaufen.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis 1999 kann ebenfalls eine kleine Verbesserung festgestellt werden. Die Totalausgaben nahmen zwar gegenüber dem Vorjahr um 84,7 Millionen Franken oder um 2,5% zu, wurden aber durch um 122,2 Millionen Franken oder um 3,7% erhöhte Gesamteinnahmen mehr als wettgemacht.

Die Finanzkennzahlen 2000 zeigen, dass sich der Personalaufwand weiter auf neu 46,6% reduziert hat, der Selbstfinanzierungsgrad deutlich auf über 87% angestiegen ist, sich die Steuerquote erneut leicht reduziert hat und nun bald wieder auf dem Niveau von 1990 steht und dass sich schliesslich die Staatsquote auf zwar hohem, aber immerhin konstantem Niveau bewegt.

Im Legislaturfinanzplan 1997-2001 wurde für das Finanzjahr 2000 mit einem Zieldefizit von 90 Millionen Franken gerechnet. Dieses Negativziel konnte somit auch etwas verbessert werden.

Zu den WOV-Piloten: Die WOV-Pilotprojekte schlossen im Jahre 2000 erneut allesamt mit Überschüssen ab. Die Summe der Überschüsse stieg gegenüber dem Vorjahr um weitere 11% an. Diese an sich erfreuliche Tatsache sollte aber in

der angestrebten flächendeckenden Einführung von WOV entsprechend analysiert und berücksichtigt werden.

Aber trotz diesen vorwiegend positiven Abweichungen und Tendenzen erzielte der Kanton Aargau im interkantonalen Vergleich ein schlechtes Jahresergebnis 2000. Dies liegt insbesondere daran, dass sich im Gegensatz zu anderen Kantonen der Aargau nicht über unerwartet hohe Steuereinnahmen erfreuen konnte.

Als Gesamturteil verbleibt jedoch ein befriedigendes Resultat.

Vorsitzender: Wie Sie wissen, führen wir bei der Rechnung keine eigentliche Eintretensdebatte, sondern eine allgemeine Aussprache.

Allgemeine Aussprache

Rudolf Hug, FDP, Oberrohrdorf, Referent der FDP: In der Botschaft zur Staatsrechnung wird das Defizit von minus 31 Millionen als "befriedigend" bezeichnet. Zwar sei im Vergleich zu anderen öffentlichen Haushalten ein relativ schlechtes Ergebnis erzielt worden. Der Kanton Aargau sei aber nicht in der glücklichen Lage, dass bei den Steuern unerwartet hohe Einnahmen eingetreten seien wie beim Bund oder anderen Kantonen. Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, diese Erklärung muss wohl als höchst unbefriedigend bezeichnet werden. Die Ausgaben haben sich nach den Einnahmen zu richten und nicht umgekehrt. Und bei den Einnahmen liegt auch ein Teil unserer Finanzhaushaltsproblematik. Auch wenn wir im Vergleich tiefe Ausgaben haben, sind sie halt im Verhältnis zu den Einnahmen immer noch zu hoch. Oder die Einnahmen sind zu tief. Und dass damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich meine mit aller Deutlichkeit die Steuerkraft und nicht den so oft zitierten und eben so falschen Begriff "Steuerrabatt".

Wenn wir in einem Jahr des aussergewöhnlichen Wachstums von 3% keine ausgeglichene Rechnung erreichen, sondern ein Defizit generieren, das sich nahtlos in die Vorjahre einreihen lässt, dann ist etwas faul. Zwar lässt sich mit dem zuerst ausgewiesenen Defizit von "nur" minus 14 Millionen Franken noch etwas Hoffnung erzeugen. Nimmt man aber die 20 Millionen der fälligen Rückstände der Verpflichtungen dazu, die bei genauer Betrachtung eben in das Budget gehört hätten, dann sind es schon die ausgewiesenen minus 31 Millionen Franken. Analysiert man die Rechnung noch etwas vertiefter, dann kommt man zum Schluss, dass das Defizit eigentlich minus 50 Millionen Franken ist. Weshalb? Nun ca. 19 Millionen Franken sind nicht Ertragsverbesserungen, sondern Buchungsgewinne. Bei den Steuern wurde früher verbucht, was eingenommen war, heute wird verbucht was in Rechnung gestellt wurde, die viel zitierte Sollstellung. Dies macht 13 Millionen Franken. Beim BKS wurde ein Bereich über 2 Jahre abgerechnet, statt nur für das Jahr 2000, was 4,5 Millionen macht. Und zu guter Letzt kamen auch noch vom Bund 1.275 Millionen Franken zurück für zuviel bezahlte Beiträge an die Försterschule Lyss. Also ein Defizit von minus 50 Millionen Franken!

Das nächste Budget steht an und wenn mich nicht alles täuscht, geht es mit diesem Krebsgang weiter. Aber so darf es nicht weitergehen! Lassen Sie mich 4 Thesen aufzeigen, wie wir aus diesem Teufelskreis ausbrechen können:

1. Wir brauchen Wirtschaftswachstum!: Der Aargau hat eine unzureichende Steuerkraft. Wenn es gelingt, das Wirt-

schaftswachstum zu verbessern, verbessert sich die Ertragslage des Kantons. Und bei besserer Ertragslage wird es möglich, die Steuern zu senken, was sich wiederum positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Eine konsequente Vermarktung der Standortgunst und die "Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung" aller politischen Entscheide sind die Voraussetzung für die günstige Entwicklung der ansässigen Firmen, für die Neuansiedlung von Unternehmen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Als Folge: Steuerkraft.

2. Wir müssen auch beim Staat abspecken! Sparübungen alleine genügen nicht mehr. Sämtliche Staatstätigkeiten sind deshalb ständig auf ihre Notwendigkeit und bezüglich Kosten/Nutzen zu prüfen. Wo Private oder Gemeinden die Aufgabe besser oder effizienter erfüllen können, müssen sie diesen übertragen werden - selbstverständlich mit Kompensation. Durch die Reduktion auf die notwendigen Kernaufgaben wird der öffentliche Sektor entlastet und der Staat bleibt bezahlbar.

3. Wir leisten uns nur, was wir auch bezahlen können! Nicht alle neuen Begehrlichkeiten müssen durch den Staat erfüllt werden. Die Frage, ob wir uns die Erfüllung bestimmter Aufgaben durch den Staat auch leisten können, gehört permanent gestellt. Jede Vorlage der Regierung muss detailliert aufzeigen, was für Kostenfolgen sie hat. Nur so kann sie auf Notwendigkeit und Finanzierbarkeit, inklusive personelle Folgen, politisch überprüft werden. Nichts wird ohne Prüfung der Finanzierbarkeit und Bestätigung der finanziellen Verkraftbarkeit beschlossen.

4. Mehr Bundesgelder! Wir müssen uns beim Bund stark machen, damit die ungerechte Verteilung der Bundesgelder korrigiert wird. Schon heute erhalten wir ungerecht, ja unkorrekt wenig. Als Beispiel sei hier die Verrechnungssteuer aufgeführt. Diese soll sich mit dem neuen Finanzausgleich sogar noch verschlechtern.

Ich bin mir im Klaren, dass diesen Thesen nicht alle zustimmen in diesem Saal - leider! Aber ich hoffe doch, dass Sie mit mir wenigstens einig gehen, dass es so nicht weitergehen kann! 527 Millionen Franken aufgehäufte Defizite sind genug - nein, sind 527 Millionen Franken zuviel!

Im Übrigen darf ich Ihnen mitteilen, dass die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist - es bleibt uns ja gar keine andere Wahl, zudem ist dieser Antrag 1 eigentlich überflüssig, wie der Herr Präsident schon angemerkt hat - und auch den Anträgen 2 und 3 zustimmen wird.

Walter Markwalder, SVP, Würenlos, Referent der SVP: Bei Einnahmen von 3,439 Milliarden Franken und Ausgaben von 3,47 Milliarden Franken wird ein Gesamtdefizit von 31 Millionen Franken erreicht, eingerechnet bereits der Antrag der Kredite von 20,8 Millionen Franken. Das ist der Antrag 2. Verglichen mit dem Voranschlag 2000, inklusive den Nachtragskrediten, wurde ein um 75,9 Millionen Franken besseres Resultat erzielt - aus Sicht der SVP ein befriedigendes, wenn auch - dies betone ich - erwartetes Resultat. Wir haben es gehört: Im Vergleich mit anderen Kantonen jedoch ein unbefriedigendes Resultat. Die Finanzkennzahlen zeigen unserer Meinung nach in die richtige Richtung, im Vergleich mit dem Voranschlag 2000, mit Ausnahme des Zinsbelastungsanteils. Die Wirkung dieser Richtung ist jedoch zu verstärken in der Zukunft. Mit dem jetzigen Rechnungsabschluss haben wir das 9. Defizit in Folge. Wir haben den Rechnungsausgleich einmal mehr nicht geschafft,

trotz erheblich mehr Einnahmen und weniger Ausgaben. Das kleine Defizit von 10,2 Millionen Franken wurde noch künstlich vergrössert durch zusätzliche Kredite, die weder über einen Voranschlag noch über einen Nachtragskredit bewilligt wurden, und damit hätten - um eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen - sie anderswo eingespart werden müssen.

In der Bilanz steigt damit das Gesamtdefizit um 31 Millionen Franken an auf das Defizit der Verwaltungsrechnung von 527,1 Millionen Franken. Wir schliessen uns hier dem Sprecher der FDP an, dass das 527 Millionen zu viel sind. Auf der anderen Seite hat sich das Eigenkapital verringert infolge Saldoausgleich der Rechnung der Bestandesveränderungen um 18,3 Millionen Franken auf 573 Millionen Franken. Zählen wir zu den Defiziten das Defizit 2001 noch dazu, dann haben wir unser Eigenkapital aufgebraucht. Alle WOV-Projekte haben einen Überschuss erzielt - das ist erfreulich. Gesamthaft entlasten sie damit unsere Staatsrechnung um 7,6 Millionen Franken. Die grosse Mehrheit der Fraktion der SVP empfiehlt Ihnen, auf die Anträge einzutreten und die Rechnung zu beschliessen!

Dr. Andreas Brunner, CVP, Oberentfelden, Referent der CVP: Die Rechnung 2000 schliesst besser ab als budgetiert. Diese Budgetverbesserung - je nachdem, wie man es sieht, ob man die Zuwendungen an die Gemeinden oder an Regionalspitäler mit einberechnet oder nicht - beträgt 17 bzw. 38 Millionen Franken auf effektiv noch 10,8 bzw. 31 Millionen Franken. Dieser Rechnung liegen einige spezielle Faktoren zugrunde, die in dieser Form nicht jedes Jahr anzutreffen sind. Die Verbesserungen wurden ein- und ausgabenseitig erreicht.

Nehmen wir diese einzelnen Faktoren auseinander, so stellen wir Folgendes fest: Einnahmenseitig fällt die Ziellandung bei der Budgetierung der Steuereinnahmen auf, leider immer noch auf einem sehr tiefen Niveau. Die Rechnung 2000 ist ja, wie wir alle wissen, die letzte, die noch auf der Steuereintreibung nach dem Vergangenheitsprinzip basiert. Die Jahre 1997 und 1998 waren ja bekanntlich konjunkturpolitisch immer noch rezessiv. Wir hoffen alle für die Rechnung 2001 auf einen besseren Steuereingang. Vielleicht kann die Regierung am 3. Juli des laufenden Jahres hier bereits einige Angaben dazu machen. Höhere Einnahmen resultieren bei den Bundes- sowie den Spitaleinnahmen und kantonsexterner Hospitalisation. Doch ist der Nachhaltigkeitseffekt natürlich alles andere als gesichert.

Ausgabenseitig fällt das Nichtausschöpfen des Personaletats um 16 Millionen Franken auf - ein untrügliches Zeichen dafür, dass der Arbeitsmarkt völlig ausgetrocknet ist und dass dies auch der Kanton zu spüren bekommt. Diese Problematik ist auch in der Privatwirtschaft sehr akut. Das Zeitalter der Frühpensionierungen ist meiner Meinung nach vorbei. Die allgemeinen Ausgaben konnten auch dem Budget gegenüber gesenkt werden. Diese Entwicklung ist erfreulich und muss weiter verfolgt werden. Die CVP ist für Eintreten auf diese Rechnung 2000.

Ich äussere mich hier noch zur Problematik der Zahlungen an Gemeinden bzw. Regionalspitäler. Die CVP stimmt auch diesen Vorschlägen zu. In der Staatsrechnungskommission wurde diskutiert, ob diese Gelder nicht besser als Nachtragskredite behandelt oder noch länger hinausgeschoben werden sollten - dies quasi als Straffaktion den Gemeinden gegenüber wegen der abgelehnten AHV-Abstimmung vor 3

Jahren. Der Kanton schuldet diese Gelder - dies ist die klare Haltung der CVP - und muss dafür gerade stehen. Diese Gelder wurden ausgegeben und der Kanton ist verpflichtet, diese Gelder den Gemeinden zu zahlen. Es dient dem Vertrauensverhältnis zwischen Kanton und Gemeinden nicht, vor allem in der Diskussion des Lastenausgleichs, in der wir stehen, wenn wir alte Kriegsbeile wieder ausgraben. Auch bei diesen Anträgen der Botschaft ist die CVP klar für Eintreten und für Annahme.

Markus Leimbacher, SP, Villigen, Referent der SP: Die Abnahme einer Rechnung stellt immer eine nachträgliche Betrachtung einer bereits verflossenen Zeitspanne dar. Man kann von einer Vergangenheitsbewältigung, wie es auch der Präsident der SRK sagte, sprechen. Am eigentlichen Sachverhalt der Rechnung kann naturgemäss nichts mehr verändert werden. Was ausgegeben wurde, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, und was nicht eingenommen wurde, kann im Nachhinein nicht mehr korrigiert werden. So stellt die Abnahme der Rechnung wohl nur eine Standortbestimmung dar, was einerseits die Budgetdisziplin der Verwaltung angeht. Andererseits können mit der Rechnung erste Aussagen für das kommende Budget gemacht werden. Vorab kann ich seitens der einstimmigen SP-Fraktion die Aussage machen, dass dieser Rechnung vorbehaltlos zugestimmt wird.

Der Verwaltung kann für das vergangene Jahr ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Das relativ befriedigende Rechnungsergebnis zeigt, dass mit den finanziellen Mitteln haushälterisch umgegangen worden ist. Nur so lässt es sich auch erklären, dass anstelle eines veranschlagten Aufwandsüberschusses von knapp 50 Millionen Franken ein solcher von nur 31 Millionen Franken resultierte. Dies entspricht einer Unterschreitung des Budgets von 17 Millionen Franken oder 36%. In praktisch allen Verwaltungszweigen konnten Unterschreitungen der Zielvorgaben erreicht werden.

Dennoch lässt diese Rechnung einige Fragen offen: Einerseits ist das vorliegende Ergebnis für sich durchaus als annehmbar zu bezeichnen, andererseits steht es im interkantonalen Vergleich eher einzigartig dar, schreiben doch die meisten der Nachbarkantone keine roten, sondern schwarze Zahlen. Dies hat nicht etwa mit speziellen Sparbemühungen dieser Kantone zu tun, sondern mit dem Umstand, dass diese Kantone erkannt haben, dass insbesondere die Einnahmenseite verstärkt werden muss.

Die Fraktion der SP wird im Rahmen des Budgets für das kommende Jahr eines ihrer Hauptaugenmerke darauf richten, dass nicht nur immer auf dem Buckel der sozial Schwachen gespart, sondern weitere Einnahmen von denjenigen generiert werden, die hierzu in der Lage sind, dies auch vermögen und verschmerzen können.

Sodann ist im Rahmen der Behandlung der Rechnung in der Staatsrechnungskommission aufgefallen, dass die Sparanstrengungen der Verwaltung häufig auf dem Buckel des Personals ausgetragen worden sind, indem beim Personalaufwand sage und schreibe 18 Millionen Franken eingespart wurden. Im Klartext heisst dies, dass verschiedene vakante Stellen nicht mehr besetzt wurden und die anfallenden Arbeiten durch das übrige Personal in Sondereinsätzen erledigt werden musste. Dies hat zur Folge, dass eingestellte Kredite für Fort- und Weiterbildungen nicht beansprucht werden konnten. Aufgrund der übermässigen Belastung der Angestellten hatten diese schlicht die Zeit nicht mehr, die gerade

heute so wichtigen Angebote der Fort- und Weiterbildung zu nutzen.

Aus unserer Sicht muss einer derartigen Entwicklung rasch und endgültig Einhalt geboten werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Personal, welches gut ausgebildet und motiviert ist, das allerbeste Kapital für die Erfüllung der immer komplizierter werdenden Staatsaufgaben darstellt. Die Fraktion der SP wird deshalb im kommenden Budgetprozess diesem Gesichtspunkt besondere Beachtung schenken.

Sodann stimmt die Fraktion der SP den zusätzlichen Krediten zur Erfüllung von bestehenden Verpflichtungen im Gesamtbetrag von 20,8 Millionen Franken zu. Es handelt sich bekanntlicherweise um Verpflichtungen des Kantons, welche nicht wegdiskutiert werden können und die bereits überfällig sind. Es geht dabei insbesondere um Beiträge gegenüber Gemeinden, welche zugesichert sind, beispielsweise hinsichtlich Schulbauten und Gewässerschutzanlagen. Das doch einigermassen gute Rechnungsergebnis erlaubt es, von der im Finanzhaushaltsdekret vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch zu machen und diese zusätzlichen Kreditsbegehren zusammen mit dem Rechnungsabschluss zu unterbreiten. Insbesondere gegenüber den Gemeinden können heute damit positive Signale gesetzt werden.

Abschliessend möchte ich im Namen der SP allen Angestellten des Kantons für ihre Tätigkeit im vergangenen Rechnungsjahr danken. Nur dank ihnen war es möglich, ein derartiges Ergebnis zu erzielen. Ich beantrage Eintreten auf die Staatsrechnung 2000 und deren Gutheissung sowie Gutheissung der zusätzlichen Kredite in der Höhe von 20,8 Millionen Franken.

Patricia Schreiber-Rebmann, Grüne, Wegenstetten: Für die Grüne Fraktion ist das Eintreten unbestritten. Da die Rechnung nicht mehr beeinflussbar ist, halte ich mich kurz. Bei den erläuternden Bemerkungen ist durch alle Departemente hindurch immer wieder Folgendes zu lesen: Personalmangel, Personalengpässe, Rekrutierschwierigkeiten, Stellenfonds nicht voll ausgeschöpft. Durch alle Departemente wurde massiv gespart. Vielen Dank an alle, die dadurch die Kosten im Zaun gehalten haben. Trotzdem habe ich langsam das Gefühl, dass der Vollzug langfristig unter diesen Engpässen leidet. Wir können den FC Aarau auch nicht mit 8 Leuten auf das Feld schicken und hoffen, dass sie die gleiche Leistung wie 11 Spieler erbringen. Herr Hug, die Thesen der FDP sind sehr interessant: den Staat abspecken und andererseits den Umweltorganisationen das Beschwerderecht wegnehmen mit der Begründung, der Staat mache seine Aufgaben ja doch, falls er noch dazu Zeit hat.

Aber zurück zur Rechnung. Die Sparmassnahmen beim Personal sind nicht weiter tolerierbar. Vor allem im Gesundheitsbereich wurde die Zitrone enorm ausgequetscht. Was übrig bleibt, ist die bittere Realität, lange Wartezeiten, häufige Personalwechsel und schlechte Rekrutiermöglichkeiten. Der Personalmangel herrscht auch bei der Bildung und der Polizei. Die Grünen nehmen das besorgt zur Kenntnis. Eine kompetente Verwaltung lebt von motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir hoffen, dass durch ein klares Signal beim Budget 2002 eine Verbesserung erzielt wird.

Den Anträgen 2 und 3 wird die Grüne Fraktion einhellig zustimmen, da der Kanton als Kreditsprecher glaubwürdig

bleiben und seine versprochenen Zahlungen rechtzeitig vornehmen muss.

Dr. Heidi Berner-Fankhauser, EVP, Lenzburg, Referentin der EVP: In der Mitte des Jahres 2001 über die Rechnung 2000 zu reden ist etwa ähnlich daneben, wie im warmen Juli über Wintermäntel zu sprechen. Trotzdem will ich zu diesem Vergleich greifen: Genau so wie der Kanton nach Verfassung und Gesetzen Aufgaben zu erfüllen hat und dies Geld kostet, brauchen wir im Winter etwas Warmes zum Anziehen. Bei der Winterkleidung kann man nun mehr oder weniger gut Geld sparen. Vielleicht kann man auf die Anschaffung eines neuen Mantels verzichten, da der alte seinen Dienst noch eine Saison lang tut. Oder man investiert in einen neuen Reissverschluss und kann so die Neuanschaffung hinauszögern. Beides sind gute Varianten zum Sparen. Wenn aber das alte Kleidungsstück so kaputt ist, dass unser Auftreten schäbig wird, riskieren wir unser gutes Image. Fehlt ein entsprechendes Kleidungsstück ganz und muss doch auf die Investition verzichtet werden, kann es an das Lebendige gehen. Die Folgekosten belaufen sich dann nicht nur auf einen neuen Mantel, sondern es kommen zum Beispiel Arztrechnungen hinzu. Hingegen muss es bei einem neuen Kleidungsstück durchaus nicht Pelz sein. Bei der Produktwahl ist also ein grosses Sparpotenzial vorhanden. Auf Luxus wie Zweit- oder Drittmäntel darf sowieso verzichtet werden.

Bei der Staatsrechnung kann man nun schauen, wie und wo und ob auf gute Art gespart worden ist, ob im Voranschlag eingestelltes Geld nicht ausgegeben worden ist, weil das passende Angebot gefehlt hat, etwa bei gewissen unbesetzten Stellen, worauf schon mehrmals hingewiesen worden ist. Man kann schauen, ob wir uns irgendwo Luxus oder Doppelpurigkeiten leisten. Dies ist dann vor allem wieder für die Budgetberatung relevant. Wir müssen auch aufpassen, dass wir nicht auf Kosten der Substanz sparen oder Verzicht verordnen, anders gesagt: wir dürfen nicht schäbig daherkommen.

Wichtig ist aber ebenso, dass die Einnahmenseite stimmt und dass dem Kanton zustehende Mittel vereinnahmt werden, und sei es nachträglich. Die EVP findet es natürlich auch erfreulich, dass das Defizit nicht gar so hoch ausgefallen ist, wie im Voranschlag angenommen. Obwohl der Verwaltung für ihr haushälterisches Wirken zu danken ist, scheint uns die Zeit für grosses Frohlocken noch nicht gekommen. Zu viele Aufgaben sind verschoben oder verzögert worden und die Gefahr besteht, dass einfach künftige Rechnungen entsprechend mehr belastet werden.

3 Bemerkungen zu einzelnen Bereichen der vorliegenden Rechnung: 1. Die 60%, die das Departement für Bildung, Kultur und Sport zum besseren Rechnungsabschluss beigetragen haben, stimmen eher nachdenklich, ist doch die Situation mit dem Lehrermangel prekär. Wenn auch im jetzigen Jahr aus verschiedenen Gründen zu wenig in die Bildung investiert werden kann, ist das nicht gutes Sparen, sondern geht an das Lebendige und die Folgekosten werden weit höher sein.

2. Die WOV-Piloten Kantonsspitäler haben Überschüsse von über 12 Millionen Franken erzielt. Doch auf wessen Kosten? Haben sie ihre Aufgaben tatsächlich alle erfüllt? Wir kennen ja die Probleme im Gesundheitsbereich. Wenn jemand seinen Wintermantel verkauft, hat er auch mehr Geld, aber irgendeinmal friert er dann.

3. Bei verschiedenen Konti für Naturschutzaufgaben stand in den Erläuterungen für Minderausgaben "verzögert" oder "verschoben". Hier ist - vor allem mir - ein Anliegen, dass in Zukunft nicht nur Strassenbauprojekte wie die 3. Bareggrohre effizient realisiert werden.

Noch eine Bemerkung zu den WOV-Piloten: Aus der Fraktion wurde der Ruf laut, dass sich die Fachkommissionen wieder besser über ihre WOV-Piloten ins Bild setzen sollten, sonst entschwinden diese Piloten für normalsterbliche Grossräte im Nebel.

Die EVP wird den Anträgen der Rechnung 2000 zustimmen.

Vorsitzender: Die Liste der Fraktionssprecher und -sprecherinnen ist erschöpft. Wir kommen zu den Einzelvotanten.

Katharina Kerr Rüesch, SP, Aarau: Ich äussere mich hier über die Fragen des Personals. Wenn wir diese Staatsrechnung anschauen, stellen wir fest, dass hauptsächlich an den Orten gespart worden ist, die eigentlich das Fundament des Staates bilden. Hier öffne ich eine Klammer: Wir - Kollege Schöni wird dann auch noch ein Wort dazu sagen - vermuten schwer, dass, was uns vorgelegt wird, ein Teil dessen ist, was die Staatsrechnung ist, und dass es - wie in jeder Unternehmung - noch eine 2. und eine 3. Rechnung gibt. Aber wir diskutieren jetzt über die Staatsrechnung, die uns gedruckt vorgelegt wurde, das ist unsere Übereinkunft, deshalb spreche ich dazu - aber eben mit allen diesen Einschränkungen.

Wo wurde hauptsächlich gespart? Gespart wurde bei den Investitionen, vor allem aber beim Personal. Was das für Konsequenzen hat, das wissen wir. Wir kämpfen jetzt mit einer Armut an der Schule, es ist scheinbar eine Lehrkräftearmut, ja es ist tatsächlich eine solche! Aber es ist auch eine Armut, die vor allem die Kinder, die Auszubildenden, trifft. Wir müssen uns fragen, ob wir das verantworten wollen in einem Kanton wie dem Aargau, dass wir einfach nur, einfach weil es kostet, so wichtige Dinge wie die Bildung preisgeben.

Wir haben aber auch Probleme in unseren öffentlichen Institutionen, vorab in den Spitälern. Das hat angefangen, wirklich virulent zu werden mit der Eröffnung der neuen Löhne. Wir sprechen ja hier über eine viel längere Zeitspanne, nämlich über das ganze Jahr 2000. Aber selbstverständlich waren die neu eröffneten Löhne nur noch der letzte Tropfen ins volle Fass. Das Personal, das sich abmüht mit einer real bereits eingetretenen Rationierung, hat es wirklich schwer in den Spitälern.

Dann haben wir noch die Verwaltung. Wir sind ja alle sehr froh und glücklich in den Kommissionen des Grossen Rates, vor allem aber auch die vielen Mitbürger und Mitbürgerinnen, die eben Dienstleistungen der Verwaltung gebrauchen, wenn sie funktioniert. Wir sind froh und dankbar, wenn die Fristen nicht allzu lange sind. Aber wie das dann geschafft werden muss, das ist die andere Frage. Auch hier fehlt es.

Dann zur Polizei: Sie ist ja dieser Teil im Staat, von dem - wie ich jetzt einmal behaupte - am meisten Loyalität vorherrscht gegenüber dem Arbeitgeber. Aber auch die Polizei ist nicht mehr ruhig, auch sie äussert sich offen, kritisiert. Wir haben heute einen Nachtragskredit bewilligt, der auch dort Strukturen analysieren und Verbesserungen erreichen

will, das heisst, dass auch da Not ist, nicht nur am Mann, denn es hat auch ein paar Frauen bei der Polizei.

Ich bitte Sie, an alle diese Dinge zu denken, nicht nur wenn wir jetzt Vergangenheitsbewältigung betreiben, das wäre ja billig - und zwar billig im Sinn von nicht teuer, sondern nachher. Wir sind ja eigentlich schon mitten im Budgetprozess. Letzte Woche hatten wir ein historisches Ereignis in Aarau, nämlich eine gemeinsame Pressekonferenz der Verwaltung, des Regierungsrates und der Personalverbände. Auch das wurde schon wieder kritisiert. Denken Sie daran, wenn es um das Budget geht: Was wir in das Personal investieren, das investieren wir in einen gesunden Staat!

Noch einmal: Die 13 Millionen Franken Defizit, wenn dies denn stimmt, sind ungefähr ein Steuerprozent, das Sie immer dort sparen, wovon mindestens der grösste Teil in diesem Saal, behaupte ich jetzt einmal, gar nicht so viel profitiert. Nicht alle, aber der grösste Teil!

Heinrich Schöni, SP, Oftringen: Es wurde bereits viel geredet über die Staatsrechnung, es ist Geschichte, Vergangenheitsbewältigung. Ich persönlich habe gestaunt, als ich sie das erste Mal gesehen habe. Ich bin noch nicht so lange dabei, auch in der Staatsrechnungskommission bin ich neu. Ich habe mich gefragt, ob dies wirklich das richtige Modell ist für einen so grossen Kanton mit einem dreieinhalb Milliarden-Budget. Wenn sämtliche Gemeinden im Kanton Aargau dasselbe Rechnungsmodell verwenden würden, würde vermutlich keine einzige Gemeinde nicht mit Defizit dastehen. Von mir aus gesehen ist langfristig, aber auch kurzfristig, gar nicht mehr tragbar, dass der Kanton mit direkten Abschreibungen arbeitet. Sie haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass wir heute aufgelaufene Defizite von 527 Millionen Franken haben. Wenn Sie nämlich in den Rechnungen der Vorjahre schauen, dann sind diese Defizite zur Hauptsache aus der Investitionsrechnung entstanden. Man kann sich ernsthaft fragen, wenn man den Vergleich dieser Vorjahre machen könnte, ob diese Resultate wirklich auch gleich ausgesehen hätten.

Der Kanton hat grosse Aufgaben vor sich. Diese sind nicht in einem Jahr zu finanzieren, denn diese Aufgaben sind in die Zukunft gerichtet. Wenn Sie heute in einer grösseren oder mittleren Gemeinde in ein grosses Objekt investieren wollen, dann müssen Sie den Leuten auch sagen: Wenn Sie dies wollen, dann kostet es das auf die nächsten 10 oder 20 Jahre hinaus mehr. Ich bin der Meinung, dass wir dies unseren Kantonsbürgern auch schuldig sind, auf diese Wege zu zeigen, dass die Leistung, die der Kanton erbringt, eben Geld kostet.

Persönlich würde mich noch interessieren, wie das aussehen würde, wenn man in den letzten Jahren auf diesen Steuerrabatt verzichtet hätte. Ich bin überzeugt, dass dieses heutige Defizit, das für mich ein Investitionsdefizit ist, eigentlich ein Bilanzfehlbetrag ist und sicher halbiert, wenn nicht kleiner wäre. Gemeinden, die Bilanzfehlbeträge ausweisen, wird vom Kanton auferlegt, diese innerhalb einer bestimmten Zeit abzuschreiben, das heisst zu finanzieren - meistens über die Steuern. Ich bin der Meinung, dass auch der Kanton diese Pflicht hat. Hier stehen wir in der Pflicht, dieses Rechnungsmodell transparenter zu machen, dass man den Kantonsbürgern, die ja die Steuern bezahlen müssen, zeigen kann, wo ihr Geld hinfliesst!

Vorsitzender: Die Rednerliste zur allgemeinen Aussprache ist erschöpft. Ich schliesse diese und erteile das Wort dem Regierungsrat.

Regierungsrat Roland Brogli, CVP: Die vorliegende Staatsrechnung wurde von der Regierung in früherer Besetzung vorbereitet. Es ist erfreulich, dass die Aargauer Staatsrechnung 2000 besser ausgefallen ist als das Budget vorsah. Das Gesamtdefizit, Sie haben es mehrmals gehört, beträgt 31 Millionen Franken. Das sind rund 17,4 Millionen Franken weniger als budgetiert. Die Finanzkontrolle hat diese Zahlen unter die Lupe genommen - dies kann ich Herrn Hug versichern. Ohne die Kredite für die Erfüllung finanzieller Verpflichtungen würde das Defizit sogar 10 Millionen Franken betragen. Wir können demzufolge von einem zufriedenstellenden Resultat sprechen, obschon wir im Aargau weiterhin Fehlbeträge schreiben und die Nettoschuld auf 527 Millionen Franken angestiegen ist. Es kommt eben darauf an, wo man die Schulden misst. Der Konjunkturaufschwung im Jahr 2000 hat - im Gegensatz zum Bund und anderen Kantonen - keine unerwartet hohe Steuereinnahmen gebracht. Dies hat bereits der Präsident der Staatsrechnungskommission erläutert.

Es besteht auch für den Finanzdirektor kein Grund zur Euphorie. Die Anstrengungen zum Haushaltsausgleich müssen in den nächsten Jahren unvermindert weitergeführt werden. Dies bedingt eine restriktive Ausgabenpolitik und eine Überprüfung sämtlicher Aufgaben des Kantons. Das Ziel muss darin bestehen, eine Beschränkung auf die Kernaufgaben vorzunehmen. Nur so kann der Finanzierungsspielraum geschaffen werden, um die Steigerungen bei bestehenden oder neuen Aufgaben zu finanzieren.

Sie haben gesehen, dass die nicht-budgetierten Mehreinnahmen fast 33 Millionen Franken betragen. Dazu haben nicht in erster Linie höhere Steuereinnahmen beigetragen. Die Überraschung auf der Einnahmenseite sind die unerwartet hohen Entgelte: 56 Millionen Franken oder 10,8% mehr als budgetiert.

Mittelfristig rechnen wir mit mässig höheren Steuereinnahmen. Zusammen mit den notwendigen Einsparungen wird dies den Weg zum Haushaltsausgleich erleichtern. Vorher müssen wir allerdings noch die Steuerausfälle aufgrund des revidierten Steuergesetzes und des Ausgleichs der kalten Progression im Jahr 2002 überstehen. Es wird ein schwieriges Jahr für uns werden. Aber nochmals: Es sind auch in Zukunft weitere grosse Anstrengungen nötig, um die Finanzen des Staates ins Lot zu bringen. Wir sind gezwungen, bei den Ausgaben Prioritäten zu setzen, das heisst, dass wir die wichtigen Dinge selbstverständlich weiterhin tun müssen.

Ich bitte Sie, auf die Rechnung einzutreten und die Anträge des Regierungsrates gutzuheissen!

Detailberatung

Vorsitzender: Wir haben natürlich nicht darüber zu befinden, ob wir eintreten wollen oder nicht. Wir müssen eintreten. Ich habe die Detailberatung so vorgesehen, dass ich jeweils die Departemente und die entsprechenden Abteilungen aufrufe, bei den WOV-Piloten Hinweise gebe auf die entsprechenden Seiten in der Botschaft und der Rechnung und dann nachfrage, ob es hierzu Wortmeldungen gibt. Ebenso werde ich jeweils am Ende der Departemente fragen, ob jemand zu den Verpflichtungskrediten eine Aus-

kunft wünscht oder ein Votum anzubringen hat. Sind Sie einverstanden damit? Das ist der Fall. Dann schlagen Sie bitte die Rechnung auf Seite 10 auf.

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Die Detailbemerkungen zur Jahresrechnung 2000, die Sie auf den Seiten 1-51 im mittleren Teil der Botschaft finden, reichen meiner Meinung nach aus, sich weitgehendst selbständig ein Bild über die Staatsrechnung 2000 machen zu können. Seitens der SRK kann bestätigt werden, dass keine nicht beantwortbaren Unklarheiten bestehen blieben. Ich verzichte deshalb darauf, jedes Departement im Einzelnen langatmig zu analysieren.

1. Gesetzgebung/Regierung/Staatskanzlei

Aus der Sub-Kommissions- als auch aus der SRK-Beratung ergaben sich keine nennenswerte Vorkommnisse. Ebenso gilt dies für den WOV-Piloten "Statistisches Amt". Im Hinblick auf die Budgetberatung 2002 und zur besseren Verständlichkeit der in der Staatskanzlei zentral eingestellten Informatik-Budgetkürzung wird sich die SRK aber im Laufe des Monats August vertieft mit den gesamten Informatikinvestitionen und mit den gesamten Kosten des Informationsdienstes des Kantons Aargau befassen.

Zustimmung

2. Departement des Innern

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Das Departement des Innern hat zur Saldoverbesserung der Gesamtrechnung des Kantons gegenüber dem Voranschlag rund 10 Millionen Franken beigesteuert. Sowohl zur Verwaltungsrechnung wie auch zu den positiv abschliessenden WOV-Piloten "Strafanstalt Lenzburg" und "Strassenverkehrsamt" ergaben sich aus der Beratung keine nennenswerte Vorkommnisse.

Zustimmung

3. Erziehungsdepartement

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Einen markanten Anteil von rund 54,8 Millionen Franken trug das BKS - in der Rechnung noch ED genannt - zur Verbesserung der Gesamtrechnung bei. Erwähnenswert die deutliche Minderausgabe für die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, aber auch die bedeutenden Budgetunterschreitungen bei den Lehrerbessoldungen. Diese sind auf die Streichung der Dienstalterszulage und den bereits im Jahr 2000 bestehenden Lehrermangel zurückzuführen.

Seitens der SRK gibt es keine weiteren Hinweise zu den beiden WOV-Piloten "Lehrmittelverlag" und "Abteilung Sport und Jugend" .

Zustimmung

4. Finanzdepartement

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Die Auflösung von Schwankungsreserven auf den Beteiligungen der beiden Fluggesellschaften SAir-Group und Crossair erschien der SRK aufgrund der heutigen Situation rund um die Swissair etwas kurios. Die gültigen Bewertungsrichtlinien lassen dies jedoch ohne Zweifel zu. Der Einstandspreis der zwischen 1948 und 1970

gekauften Swissair-Aktien ist zudem immer noch tiefer als der heutige Kurs.

Das dritte Jahr des WOV-Piloten Staatswald war massgeblich durch den Sturm Lothar geprägt. 7,5% der Staatswaldfläche wurden zerstört. Allenfalls wäre es angezeigt, die Globalkreditvorlage nach diesem Jahrhundertereignis Lothar neu zu überarbeiten. Zum Finanzdepartement gibt es keine weiteren, zusätzlichen Bemerkungen.

Dr. Erich Stieger, CVP, Baden: Ich möchte etwas zum Konto 4267 Dividende AEW Energie AG sagen. Die Dividende ist 225'000 Franken kleiner ausgefallen als budgetiert. Schon der budgetierte Betrag ist klein, der effektive noch bescheidener. Wie bescheiden er ist, wird auch offenbar, wenn wir die Dividende NOK betrachten. Der Kanton und AEW Energie AG sind zu gleichen Teilen bei der NOK beteiligt, dem Kanton fliessen 3'276'000 Franken Dividende zu, die AEW Energie AG richtet eine Dividende von 1 Million Franken weniger aus als ihr selbst von der NOK an Dividenden zufliesst. Ich meine, dass der Regierungsrat hier auf eine bessere Rendite achten sollte.

Ich habe auch eine Frage: Weiss der Regierungsrat, wie das insgesamt investierte Eigenkapital des Kantons bei der AEW Energie AG rentiert? Sofern er diese Frage heute nicht beantworten kann, wofür ich ich Verständnis hätte, ersuche ich ihn, bei der Budgetdebatte diese Sache transparent darzulegen.

Regierungsrat Peter C. Beyeler, FDP: Es ist so, dass wir die Dividenden natürlich ein bisschen intensiver bewirtschaften als in früheren Jahren. Die AEW-Dividenden sind 5% auf das Aktienkapital von 45 Millionen Franken. Die Aussage, dass die Dividende aus der NOK grösser ist als die aus der AEW Energie AG an den Kanton, ist richtig.

Zustimmung

5. Gesundheitsdepartement

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Eine massive Überschreitung des budgetierten Aufwandes ergab sich bei der Heroinabgabe. Die weit unter den Erwartungen gebliebene Patientenzahl, aber auch die strengen Bundesvorgaben für Heroinabgabestellen bewirkten, dass ein Betriebsdefizit von 420'000 Franken resultierte. Bevor allfällige Schlüsse gezogen werden können, bleibt aber zuerst die 2jährige Versuchsphase abzuwarten.

Die Bundesbeiträge zur Verbilligung der Krankenkassenprämien wurden aufgrund der hängigen Diskussionen in der Staatsrechnung per Ende Jahr richtigerweise bereits abgegrenzt. Die Zahlung dieser Guthaben erfolgte im Februar 2001.

Die deutlichen Überschüsse der beiden WOV-Piloten "Kantonsspitäler" lassen den Schluss zu, dass diese Globalkredite ursprünglich sicher nicht zu tief angesetzt worden sind. Bestätigt wurde jedoch auch, dass die Überschüsse teilweise auf personelle Unterdotierungen zurückzuführen waren. Wichtig ist noch der angebrachte Hinweis des Subkommissionspräsidenten, dass die in der Pilotphase neu geschaffenen Stellen wohl nach Ablauf der Pilotphase nicht wie geplant so einfach wieder abzuschaffen sein werden.

Elisabeth Imhof-Kappeler, FDP, Gipf-Oberfrick: Wie Sie alle wissen, ist das Projekt Spitallandschaft Aargau das grosse Projekt im Gesundheitsdepartement. Leider habe ich in dieser Staatsrechnung aber keine Angaben der anfallenden Kosten im Berichtsjahr gefunden. Wir haben uns darüber in der Subkommission der Geschäftsprüfungskommission und auch in der Fraktion unterhalten und ich bitte den Herrn Regierungsrat, Angaben zu machen über die extern und intern angefallenen Kosten dieses Projektes. Ich möchte gerne auch wissen, ob hier ein Verpflichtungskredit gesprochen worden ist und wenn das der Fall ist, in welcher Höhe.

Ich habe im Bereich der Spitalabteilung unter Punkt 3185.30 externe Aufträge für Studium und Gutachten einen Betrag von rund 380'000 Franken und laut Botschaft ist hier ein Teil für dieses grosse Projekt Spitallandschaft Aargau aufgewendet worden. Ich bitte also um Auskunft über die im Berichtsjahr aufgelaufenen Kosten, interne und externe und über einen allfälligen Verpflichtungskredit. Sollten diese Ausführungen in diesem Moment den Rahmen sprengen, bitte ich um Kostentransparenz zuhanden der Behandlung des Rechenschaftsberichtes in der Geschäftsprüfungskommission!

Regierungsrat Ernst Hasler, SVP: Zur Frage Spitallandschaft, Projektkosten: Es wurde von Frau Grossrätin Imhof darauf hingewiesen, dass auf Seite 82 Konto 3185.30 380'000 Franken stehen. Auf der anderen Seite sehen Sie weiter oben, auch unter Spitalabteilung Konto 3010, die Löhne des Betriebs- und Verwaltungspersonals: 1,12 Millionen Franken. Wir sind 300'000 Franken tiefer als in der Rechnung 1999. Sie sehen daran, dass wir gewisse Stellen in der Spitalabteilung nicht besetzt haben. Umgekehrt heisst dies, dass wir gewisse Leistungen, die wir erbringen müssen, über externe Aufträge eingekauft haben. Das heisst, dass wir hier mehr als einen Ausgleich haben: Beide Konten zusammengezählt bringen weniger Ausgaben. Insofern ist die Aussage richtig, dass wir den Start des Projektes Spitallandschaft über dieses Konto bezahlt haben. Ich könnte Ihnen die Auskunft geben, welche Ausgaben wir bis Ende Jahr 2000 effektiv für das Projekt Spitallandschaft gehabt haben. Doch kann ich Ihnen dies erst zusammen mit dem Geschäftsbericht liefern.

Zur Frage der internen Aufwendungen hingegen wird es problematisch. Da bitte ich Sie um Nachsicht, denn es arbeiten praktisch alle irgendwie an diesem Projekt. Hier haben wir leider noch keine Kostenrechnung. Hier Transparenz zu schaffen wäre ein zu grosser Aufwand. Aber die externen Kosten könnte ich darstellen, soweit wir sie für das Jahr 2001 brauchen. Bisher ist noch kein Verpflichtungskredit gesprochen. Dies insofern, weil wir über dieses Konto, so wie andere externe Aufträge für Projekte auch abgewickelt werden, einfach die Jahrestanche dargestellt haben. Wie das Projekt jetzt weiter bearbeitet wird, da fragt es sich, wie der politische Prozess ablaufen wird. Die Frage, wie wir mit den Kreditierungen weitergehen wollen, müssen wir noch beantworten. Aber in diesem Konto haben wir den Ausweis, was wir für dieses Projekt verwenden wollen.

Vorsitzender: Frau Imhof, ich denke, dass Sie sich für diesen Moment mit diesen Ausführungen zufrieden geben müssen.

Zustimmung

6. Baudepartement

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Die bereinigten Ausgaben 2000 des Baudepartementes weisen eine leichte Erhöhung sowohl gegenüber dem Budget als auch gegenüber der Vorjahresrechnung auf. Ohne aber die dem Parlament beantragten Rückstellungen für Staatsbeiträge an Gewässerschutzanlagen im Betrag von 7,4 Millionen Franken - siehe Antrag 2 der Botschaft - würden beide Vergleiche unterschritten. Also auch das Baudepartement wäre ohne diese zusätzlichen Rückstellungen auf der positiven Seite gegenüber dem Vorjahr und dem Budget. Im Moment gibt es keine weiteren Anmerkungen, auch nicht zum WOV-Piloten "Tiefbau".

Zustimmung

7. Kantonale Justizbehörden

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Beinahe schon überraschend in diesen Wochen und Tagen löste selbst das kantonale Justizbehördendepartement keine ausserordentliche Diskussion in der Rechnungsablage aus. Auch für den jedes Jahr wieder hohen Abschreibungsbedarf auf Debitoren erübrigen sich weitere Stellungnahmen.

Betreffend der permanenten Überlastung der Gerichte nahm die SRK vom Obergerichtspräsidium zur Kenntnis, dass in jedem Fall zuerst die externe Organisationsanalyse abgewartet werden soll. Die grossrätliche Justizkommission wird sich danach damit vertieft befassen und mögliche neue Stellenbegehren beurteilen müssen.

Zustimmung

Bestandesrechnung, Fonds und Stiftungen, Verpflichtungen und Übersichten

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: 2 Bemerkungen zu den Fonds: Der Finanzausgleichsfonds der Gemeinden erhöhte sich trotz auf 1% reduziertem Steuerzuschlag um weitere 12 Millionen Franken und beträgt neu 100,7 Millionen Franken. Der Bestand dürfte sich bei unverändertem Steuerzuschlag in den nächsten Jahren allerdings wieder auf rund 50 Millionen Franken reduzieren.

Auf Wunsch der SRK wurden wir detailliert über die Verwendung des Lotteriefonds orientiert. Der grösste Beitrag mit rund 3,4 Millionen Franken ging an die Sanierung des Schlosses Hallwyl. Der bisherige Beitrag an das Expo.02-Projekt seitens des Kantons Aargau beträgt 1,16 Millionen Franken.

Zustimmung

Vorsitzender: Damit haben wir die Rechnung durchberaten. Zur Beschlussfassung bitte ich Sie, zur Botschaft Seite 1 zurückzukehren.

Alexander Hürzeler, SVP, Oeschgen, Präsident der Staatsrechnungskommission: Gestützt auf die umfangreichen Prüfungen, Berichte und Erläuterungen sowie die Stellungnahme des Amtes für Finanzkontrolle stimmte die SRK den beiden regierungsrätlichen Anträgen 1 und 3 einstimmig zu. Antrag 2 wird mit 11 zu 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, ebenfalls zur Annahme empfohlen. Ein Minderheitsantrag, der lediglich den Kredit von 13 Millionen Franken für die

Amortisation der Regionalspitäler und Krankenhäuser beinhaltete, wurde mit 2 zu 11, bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

An dieser Stelle danke ich dem Finanzdepartement unter der Leitung des neuen Finanzdirektors Roland Brogli, unserer Protokollführerin Frau Rahel Ommerli sowie den Sub-Kommissionspräsidenten und Mitgliedern der Staatsrechnungskommission für die pflichtbewusste, speditive Mithilfe bei der Prüfung der Staatsrechnung 2000. Bedingt durch den späten Beginn der Amtsperiode und der allgemeinen Neukonstituierung der Kommissionen blieb uns allen sehr wenig Zeit. Besten Dank für das Engagement. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit beim Budgetierungsprozess 2002, den wir seitens der SRK an unserer nächsten Sitzung vom kommenden Donnerstag bereits beginnen werden. Ich wäre deshalb froh, wenn wir noch heute diese Staatsrechnung verabschieden können, damit wir alle motiviert und frei in unseren Köpfen den Budgetprozess 2002 starten können.

Vorsitzender: Die Anträge finden Sie in der Botschaft auf Seite 1. Den Antrag 1 müssen wir eigentlich gar nicht behandeln, da wir keine klassische Eintretensdebatte geführt haben und gezwungen sind, über die Staatsrechnung zu diskutieren. Ich frage Sie an, ob wir über die Anträge gemeinsam abstimmen können. Dies ist der Fall.

Abstimmung:

Den Anträgen auf Seite 1 der Botschaft wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Beschluss:

1.

Es werden folgende Kredite bewilligt: Für Beiträge an Schulbauten 0,4 Mio. Franken, für die Amortisation der Regionalspitäler und Krankenhäuser 13 Mio. Franken und für Beiträge für Gewässerschutzanlagen 7,4 Mio. Franken.

2.

Die Staatsrechnung 2000 wird genehmigt.

Vorsitzender: Ich danke dem Präsidenten und der Staatsrechnungskommission für die wertvolle Arbeit, die sie in effizienter Weise geleistet haben. Wir sind damit am Ende der Sitzung und des 1. Quartals einer neuen Legislaturperiode angelangt. Die Neuen haben sich nun sicherlich bereits an den Ratsbetrieb gewöhnt. Für mich selbst war es eine sehr interessante und lehrreiche Zeit - sie war sogar faszinierend.

Gestatten Sie mir, dass ich eine erste kurze Bilanz ziehe: Ich stelle fest, dass wir mit der Behandlung der Geschäfte recht effizient vorwärts gekommen sind. Ich glaube auch, dass die Qualität unserer Arbeitsergebnisse hoch ist. Ich stelle aber auch fest, dass es zwischen den Staatsgewalten und auch zur Verwaltung hin zu viele Reibungsverluste gibt, dass man in letzter Zeit die anderen an der Staatslenkung Beteiligten mehr als Gegner denn als Partner sieht. Zudem hat sich leider da und dort im Umgang mit den politischen Gegnern ein gehässiger Stil etabliert. Da und dort ist gar das gegenseitige Vertrauen abhanden gekommen. Ich finde es ausserordentlich schade, dass Umgangsformen, die in unserem Kanton seit über bald 200 Jahren immer wieder zu gangbaren Wegen, zum Konsens oder - um wieder mal die Musik zum Vergleich zu bemühen - zur Konsonanz, also zum

Wohlklang geführt haben, langsam verrohen oder abhanden gekommen sind! Niemand soll mir diese Feststellung übelnehmen. Auf allen Seiten sind Fehler passiert, ich schliesse mich hier nicht aus. Aber um unsere dringendsten Probleme wie zum Beispiel die Finanzen oder die Fachhochschulfrage ebenso effizient wie die Behandlung der Geschäfte lösen zu können, müssen wir wieder vermehrt aufeinander zugehen und am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen!

Ich wünsche mir für das kommende Quartal, dass wir die anderen beiden Gewalten, oder wenn man die Angestellten und Verwaltung als weitere Gewalt einstuft, die anderen 3

Gewalten im Staat wieder vermehrt als Partner denn als Gegner akzeptieren und achten können. Ich wünsche mir, dass dem politischen Gegner mit offenem Visier begegnet und fair mit ihm umgegangen wird. Wir müssen unsere Kräfte wieder vermehrt miteinander zum Wohle des Staates und unserer Gesellschaft einsetzen, um eine äusserst faszinierende Aufgabe lösen zu können! Ich wünsche allen eine gute Ferienzeit und gute Erholung! Die Sitzung ist geschlossen. (Beifall)

(Schluss der Sitzung um 16.00 Uhr.)